

Wolken am Konjunktur-Himmel

AFI: Umfrage unter Südtirols Arbeitnehmern zeigt Abwärtstrend im Vertrauen auf wirtschaftliche Entwicklung

BOZEN (kn). Ein Negativtrend, ausgerechnet, was das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung Südtirols betrifft: Das geht aus dem jüngsten AFI-Barometer hervor. Die Stimmung der Südtiroler Arbeitnehmer hat sich verdüstert – „wenn auch auf hohem Niveau“, wie die Präsidentin des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI), Christine Pichler, kürzlich sagte. Weiterer Grund zur Sorge: die geplante Mindestsicherung der Regierung.

„Erste Wolken am Südtiroler Konjunkturhimmel“ zögen auf, urteilt das AFI aufgrund seiner jüngsten Umfrage unter 500 Südtiroler Arbeitnehmern. Darauf schließen lässt der wichtigste Indikator, die „erwartete Entwicklung der wirtschaftlichen Situation Südtirols“: Er ist bei jeder der vierteljährlichen Umfragen seit

dem Frühling gesunken. Alle anderen Indikatoren im Herbstbarometer blieben im Jahresvergleich stabil. Es gibt auch positive Signale: Die Jobaussichten stufen die Südtiroler derzeit besser ein als noch vor einem Jahr.

Zur geplanten Mindestsicherung („reddito di cittadinanza“) der Regierung in Rom meinte das AFI, es noch unklar, ob es tatsächlich ein „Allheilmittel“ oder eher ein „trojanisches Pferd“ sei – besonders für Südtirol. Dass es die Bereitschaft gebe, Lücken des Wohlfahrtsstaates zu schließen, sei zu begrüßen, meinten die Experten des AFI. Dies setze aber voraus, dass die Arbeitsvermittlungszentren quantitativ und qualitativ ausgebaut würden. Ob die Maßnahme – deren Kosten auf 10 bis 33 Milliarden Euro geschätzt werden – überhaupt fi-

nanzierbar sein wird, ist fraglich. Auch unklar: Wie die Mindestsicherung mit anderen Wohlfahrtsleistungen in Einklang zu bringen sei. Derer gibt es derzeit in Italien zwischen 50 und 60. Außerdem ist noch unklar, wie sich die Mindestsicherung auf Leistungsebenen auswirken wird.

Die Experten des AFI äußerten Zweifel, ob ein derart weitreichender Eingriff in die Architektur des Wohlfahrtsstaates sinnvoll sei. Sie schlagen einen Ausbau des bisherigen gesamtstaatlichen Systems (des so genannten „reddito di inclusione“) vor. In Südtirol, das im Bereich primär zuständig ist, sollten Sozialleistungen zu einem universellen sozialen Grundeinkommen zusammengeführt werden, schlägt das AFI vor. © Alle Rechte vorbehalten

